

Zur Situation der Menschenrechte in Guatemala

Die Mission der Vereinten Nationen für Guatemala, MINUGUA, hat am 11. Januar, kurz nach ihrem Bericht über die Einhaltung der Friedensabkommen nun auch ihren 10. Menschenrechtsbericht veröffentlicht. Im folgenden eine Zusammenfassung aus verschiedenen Zeitungsartikeln und Stellungnahmen zu dem Bericht. Es ist anzumerken, dass die genauen Zahlen in den verschiedenen Artikeln variieren, was aber irrelevant ist, da es darum geht, eine Tendenz aufzuzeigen.

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. November 1999. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren ist die Anzahl der Menschenrechtsverletzungen frappant angestiegen: Während im Jahre 1997 von MINUGUA 1900 Fälle notiert wurden, sank die Zahl im Jahr 1998 auf 1200, um dann im vergangenen Jahr auf 4800 Fälle anzusteigen. Der Leiter der UNO-Mission, Jean Arnault, wies während der Präsentation des Berichts darauf hin, dass die quantitative Zunahme der Fälle nicht unbedingt relevant sein muss. Allein 261 Anzeigen sind Fälle von Verletzungen der politischen Rechte und stehen im Zusammenhang mit dem Wahlkampf der letzten Monate. Nicht in allen Bereichen hat es eine Zunahme gegeben; was die Verletzung des *Rechtes auf physische Integrität* anbelangt, hat sich die Tendenz der letzten Jahre bestätigt und es ist, laut Arnault, wiederum ein Rückgang zu verzeichnen.

Auch habe die allgemeine Verschlechterung der Menschenrechtssituation nicht notwendigerweise mit einer Verschlechterung der Situation bei den zuständigen Institutionen zu tun, meinte Arnault weiter. Die zivile Nationalpolizei z.B. habe im letzten Jahr eine positive Veränderung durchgemacht: Eine Professionalisierung der Spezialeinheit (FEP) habe einen deutlichen Rückgang der Zahl der Anzeigen gegen diese Truppe wegen 'kollektiven Machtmissbrauches' und 'Überschreitung der Kompetenzen' zur Folge. Durch ein offensives Agieren der Polizei sank auch die Anzahl der Lynchversuche im vergangenen Jahr.

Solche Aussagen sind natürlich relativ: laut den am 22. Januar veröffentlichten Daten der *Vereinigung Familienangehöriger von Verschwundenen* FAMDEGUA waren es immerhin noch 165 Lynchversuche, wovon 59 tödlich endeten.

Ein krasser Anstieg ist jedoch bei der Verletzung des *Rechtes auf eine faire Prozessführung* zu vermerken. Die Zahl der Fälle ist von 530 im Vorjahr auf 3670 in der Zeit von Januar bis September 1999 angestiegen und macht somit 76% der insgesamt im letzten Jahr von MINUGUA registrierten Menschenrechtsverletzungen aus. Hauptverantwortlich für diese Verletzungen sind laut MINUGUA "die persönlichen Interessen und der Einfluss ehemaliger oder aktueller Staatsfunktionäre auf den Justizapparat und die Polizei". Dies führte zur Behinderung oder Verschleierung von Untersuchungen. Bei den meisten dieser Verletzungen (66%) ging es um Fälle, die

mit der Aufklärung von Massakern und der Suche nach Verschwundenen aus der Zeit des bewaffneten Kampfes zusammenhängen, wie z.B. der Fall Xamán, oder die verschwundenen Militärarchive. Dabei ist anzumerken, dass es nicht die Aufgabe von MINUGUA ist, Verbrechen aufzunehmen und zu beurteilen, die vor der Unterzeichnung des 1994 abgeschlossenen *Friedensvertrages über die Menschenrechte* und der darauf erfolgten Einsetzung der UNO-Mission begangen wurden. Die im Zusammenhang mit solch 'alten' Verbrechen notierten Verletzungen haben ausschliesslich mit den jetzt laufenden Untersuchungen und Prozessen zu tun. Doch auch wenn man diese 'alten' Fälle beiseite lässt, hat sich die Anzahl der Verletzungen dieses Menschenrechtes im letzten Jahr verdoppelt.

Bei den Menschenrechtsverletzungen, die das *Recht auf eine faire Prozessführung* betreffen, hat laut MINUGUA der Staat die Aufgabe, eine überwachende Funktion zu übernehmen und entsprechende Sanktionen auszusprechen, da das Funktionieren der Staatsanwaltschaft und der Gerichte in der Verantwortung des Staates liegt. Positiv wird in diesem Zusammenhang hingegen vermerkt, dass im Laufe des Jahres die Einsetzung der Friedensrichter im ganzen Land zugenommen hat.

Trotz der bereits erwähnten Professionalisierung der Polizei haben die Fälle von Folter und Misshandlung als Verhörmethode im letzten Jahr zugenommen. Dies ist laut MINUGUA auf eine schlechte Organisation und mangelnde Kontrolle innerhalb der Polizei zurückzuführen. Siebzig in der Hauptstadt stationierte Polizeifunktionäre haben die Aufgabe, die Arbeit von über 17'000, im ganzen Land verteilten PolizistInnen zu koordinieren.

Auch den sogenannten parallelen Strukturen des Staates und des Militärs, sprich den Geheimdiensten, widmet sich der 10. Bericht von MINUGUA. Die Rolle dieser Parallelkräfte dürfe nicht unterschätzt werden, vor allem auch in Bezug auf das Nicht-Aufklären von Fällen wie beispielsweise der Mord an Bischofs Gerardi, heisst es im Bericht.

MINUGUA empfiehlt der neuen Regierung und dem neuernannten Obersten Gerichtshof, die Gelegenheit zu nutzen und die entsprechenden Reformen zu fördern, die eine Stärkung des Justizsystems ermöglichen. Dies sei eine

Grundbedingung der Friedensabkommen und eine klar formulierte Forderung der Zivilgesellschaft. Es müsse sich dabei um eine integrale Politik handeln, die eine enge Zusammenarbeit der Justiz, der Staatsanwaltschaft und der Exekutive bedinge. Ebenso müsse der Straffreiheit ein Ende gesetzt werden, sowie den legalen und illegalen Geheimdiensten. "MINUGUA wird mit der Überwachung der Einhaltung der internationalen Menschenrechtsabkommen und der guatemaltekischen Friedensabkommen das Ihre zum Kampf gegen die Straffreiheit beitragen", meinte Jean Arnault abschliessend.

Verletzte Menschenrechte 1999 (gemäss MINUGUA)	Anzahl Fälle
Recht auf Leben	77
Recht auf Integrität und persönliche Sicherheit	127
Recht auf freie Meinungsäusserung	4
Recht auf freie Organisation	357
Recht auf einen fairen Prozess	3666
Recht auf Bewegungsfreiheit und Mobilität	95
Abkommen über die Rechte der Indigenen Völker	70

Diskussion um Ernennung des neuen Polizeidirektors

Guatemala, 19. Januar. Ähnlich wie bei der Ernennung des Verteidigungsministers wird Präsident Portillo nun vorgeworfen, bei der Ernennung Baudilio Portillo Merlos zum Direktor der zivilen Nationalpolizei gegen das Polizeigesetz und gegen die Friedensabkommen verstossen zu haben.

Eigentlich schreibt das Polizeigesetz vor, dass ein potentieller Direktor die Polizeiakademie durchlaufen haben muss und den Rang eines Generalkommissars innehaben muss. Diesen Bedingungen entspricht aber Baudillio Portillo Merlos nicht: Er kommt aus der Justiz, (er ist der vorsitzende Richter des Gerichtes, das den Fall Myrna Mack behandelt), hat keinerlei Polizeiausbildung absolviert, sondern wurde per Regierungsdekret von Präsident Portillo zum Generalkommissar und Polizeidirektor ernannt.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen, die die Ernennung Portillo Merlos kritisieren, betonen, dass es ihnen nicht um die Frage geht, ob eine Zivilperson Direktor der Polizei werden könne. Sie stellen vielmehr das eigenmächtige Handeln des Präsidenten Alfonso Portillo in Frage, Regierungsdokrete zu erlassen, wann immer ihm ein Gesetz nicht passt. Im entsprechenden Polizeigesetz heisst es nämlich wortwörtlich: "Der Direktor und sein Stellvertreter müssen folgende Bedingungen erfüllen: Mindestens dreissig Jahre alt sein, gebürtige Guatemalteken sein, nicht polizeilich oder gerichtlich vorbestraft sein, Generalkommissar sein oder den Führungskurs absolviert haben."

Es wird nun diskutiert, ob Präsident

Portillo den Rechtsstaat verletzt hat. Sein Parteigenosse und Präsident des Kongresses, Efraín Ríos Montt, verteidigte ihn und meinte, der Präsident der Republik müsse als Polizeidirektor eine Vertrauensperson auswählen, und Baudilio Portillo Merlos sei eine solche. Ausserdem gäben ihm die Million Stimmen, mit denen der Präsident in der zweiten Wahlrunde gewonnen hat, die Legitimation, solche Entscheide zu treffen. Zum Wohle des Volkes müsse halt auch einmal das Gesetz zurechtgebogen werden, meinte Ríos Montt. Solche Aussagen widersprechen denjenigen Portillos, der bei seiner Antrittsrede betonte, durch seine Wahl keinen Blankocheck bekommen zu haben.

Für Miguel Angel Urbina vom *Institut für vergleichende Rechtswissenschaft (IECCP)* sind solche Entscheide beunruhigend. Es werde ganz klar eine rechtliche Angelegenheit den politischen Interessen untergeordnet, was der Verfassung widerspreche.

Auch MINUGUA hat von Präsident Portillo eine Erklärung verlangt. Laut Jean Arnault, Leiter der UNO-Mission, stellt sich die Frage nach der Verletzung des Rechtsstaates. Niemand, weder Regierende noch Regierte dürften die in der Magna Charta festgelegten Normen verletzen. Wenn die Bedürfnisse der Regierung eine Reform der Gesetze verlangten, müsse diese vom Kongress entschieden und eingeführt werden. Portillo habe bei der Besetzung seines Kabinetts mehrere Beispiele geliefert, dass er sich über die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung hinwegsetze, meinte Arnault, und bezog sich

dabei auf die Ernennung des Energieministers, die von den Treibstoffindustriellen kritisiert worden war, sowie auf die Ernennung Luis Rabbé's zum Verkehrs- und Kommunikationsminister, dem seine Beziehung zu den grossen Fernsehkanälen vorgeworfen wird.

Arnault weist auch darauf hin, dass von den als Polizeidirektoren in Frage kommenden Generalkommissaren zwei eine Vorstrafe wegen Korruption haben und ein dritter zurückgetreten ist, weil "ein Komplott gegen ihn im Gange war".

¡Fijate!

Herausgeber:
Verein ¡Fijate!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijate!
c/o Barbara Müller
Bözingenstrasse 33
2502 Biel
Tel. 032/ 341 90 80
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn
täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe
erwünscht.

Auf den Leim gegangen

Guatemala, 21. Januar. Der Leimfabrikant *H.B. Fuller*, der sich während Jahrzehnten an den 'leimschnüffelnden' zentralamerikanischen Jugendlichen bereicherte, hat endlich den Verkauf von Lösungsmittelhaltigen Klebstoffen in Zentralamerika eingestellt. Das Unternehmen beliefert etwa 70% des zentralamerikanischen Klebstoffmarktes und seine Leime sind die beliebteste und billigste Droge der Strassenkinder. Die Einstellung des Verkaufes in Zentralamerika erfolgte laut *H.B. Fuller* bereits im November, wurde aber erst jetzt durch die Reportage einer nordamerikanischen Zeitschrift bekannt.

Die *H.B. Fuller*, mit Sitz in Minnesota, USA, gab zunächst keine Erklärung über den Rückzug der lösungsmittelhaltigen Klebstoffe ab. Dies lässt darauf schliessen, dass dahinter kein freiwilliges Handeln steht, sondern dass sich die *H.B. Fuller* zu diesem Schritt gezwungen sah. Seit Ende der achtziger Jahre haben weltweit Kinderschutzorganisationen unablässig gefordert, dass den Leimen ein Zusatz beigegeben wird, der

eine abstossende Wirkung hat. Das Unternehmen weigerte sich jedoch, dies zu tun, obwohl von anderen Fabrikanten gute Erfahrungen mit diesem Zusatz gemacht wurden.

In einer am 18. Januar veröffentlichten Erklärung meinte die *H.B. Fuller* nun, es werde wohl noch drei bis fünf Monate dauern, bis die lösungsmittelhaltigen Klebstoffe ganz aus dem Sortiment verschwänden. In Chile und der Dominikanischen Republik würden die Produkte weiterhin an die Industrie verkauft, jedoch unter der Bedingung, dass kein Wiederverkauf stattfindet.

Der Entscheid der *H.B. Fuller*, die Klebstoffe vom zentralamerikanischen Markt zurückzuziehen ging ein jahrzehntelanger Druck von *Casa Alianza* und anderen Kinderschutzorganisationen voraus. Diese verlangten, dass die Produktion auf Leime umgestellt werde, die auf Wasserbasis hergestellt würden und so die Gesundheit der inhalierenden Kinder und Jugendlichen nicht gefährden. (In Europa werden von der *H.B. Fuller* längst nur noch auf Wasserbasis herge-

stellte Leime vertrieben.) Von nordamerikanischen Senatsabgeordneten wurde auch mit einem Boykottaufruf gegen den Leimhersteller gedroht.

Vielleicht war der Entschluss der *H.B. Fuller* doch auch davon beeinflusst, dass verschiedene andere Klebstoffhersteller ihre Produkte mehr und mehr auf Wasserbasis herstellen. Bis 1993 war der andere grosse Klebstoffhersteller in Zentralamerika die deutsche Firma *Henkel Corporation*. Auch *Henkel* musste dem auf das Unternehmen ausgeübten Druck nachgeben und seine Produkte aus Zentralamerika zurückziehen.

Klebstoffe wie der von *H.B. Fuller* hergestellte 'Resistol' werden vor allem für die Schuhfabrikation verwendet und sind bei jedem Schuhmacher billig zu kaufen. Eingeatmet durch Mund oder Nase gelangen die Dämpfe direkt in Lunge und Hirn. Sie behindern die Sauerstoffzufuhr und können zu vorübergehenden oder irreversiblen Gehirnstörungen führen, ebenso zu Leberschäden oder Herzinfarkten.

Verhaftungen im Fall Gerardi

Guatemala, 25. Januar. Byron Disrael Lima Estrada und sein Sohn Byron Miguel Lima Oliva sowie José Obdulio Villanueva Arévalo, wurden als die Hauptverdächtigen im Mordfall des Bischofs Juan Gerardi verhaftet. Lima Estrada ist pensionierter Oberst des guatemaltekischen Geheimdienstes, sein Sohn, Lima Oliva, war zur Zeit des Mordes Mitglied des Präsidialen Generalstabes (EMP). Villanueva ist ehemaliger Militärspezialist.

Weiter wurden Haftbefehle ausgestellt gegen Margarita López, die Haushälterin des Pfarrhauses, in dem Gerardi ermordet wurde, sowie gegen Mario Orantes, ebenfalls Priester und im selben Haus wohnhaft wie Gerardi.

Die ersten drei werden der aussergesetzlichen Hinrichtung angeklagt, die Haushälterin wird der Beihilfe zum Mord beschuldigt. Im Fall von Mario Orantes ist die Anklage noch unklar: Staatsanwalt Leopoldo Zeissig, plädiert auf aussergesetzliche Hinrichtung, die zuständige Richterin Flor de María García Villatoro auf Beihilfe zum Mord. Weitere Verhaftungen in dem Fall wurden von Zeissig angekündigt. Es kursieren die Namen von Francisco Escobar Blas, Carlos Villatoro Interiano, José Luis Yuman und anderen Militärs, die im Zusammen-

hang mit dem Fall Gerardi bereits auf der Verdächtigenliste standen.

Die Verhaftungen erfolgten aufgrund der Ergebnisse der kürzlich gemachten DNA-Proben sowie auf sich deckende Zeugenaussagen. Ausschlaggebend dabei war die am 17. Januar gemachte Aussage von Rubén Chanax Sontai, der fürs Militär Geheimdienstaufgaben erledigte und die Verhafteten am Tatort gesehen haben will. Seine Aussage deckte sich mit derjenigen des Taxifahrers Jorge Diego Méndez Perussina und derjenigen des ehemaligen Agenten des EMP, Jorge Anguilar Martínez.

Die Verhafteten sind alles andere als unbeschriebene Blätter im Fall Gerardi: Lima Estrada und Lima Oliva wurden seit Beginn der Untersuchungen als mögliche Verantwortliche genannt. Mario Orantes und die Haushälterin waren bereits einmal in Haft, mussten jedoch wegen mangelnder Beweislage freigelassen werden. Orantes befindet sich seither in den Vereinigten Staaten, wo er wegen einem Herzleiden in Behandlung ist. Und Villanueva wurde wegen der Ermordung des Milchmannes Pedro Sas Rompich, ganz zu Beginn der Regierungszeit Arzú's, zu vier Jahren Gefängnis bedingt verurteilt, eine Strafe, die kürzlich verjährt.

Ob wir uns mit diesen Verhaftungen der Aufklärung des Falles Gerardi nähern, oder ob es eine weitere Seifenblase ist, die früher oder später platzt, ist nicht klar: Für diejenigen, die es wissen wollten, ist die Entwicklung der Ereignisse nichts Neues, die Namen aller Verhafteten waren im Zusammenhang mit dem Fall bekannt und es erstaunt bloss, dass nicht viel früher gehandelt wurde. Der Analytiker Fernando Solis kommt zum Schluss, dass mit diesen Verhaftungen der Beweis erbracht ist, dass eben doch paramilitärische Kräfte für die Ermordung des Bischofs verantwortlich gewesen sind. Ziel dieser paramilitärischen Strukturen sei die Verfolgung, Kontrolle und Ermordung von Personen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzten, meinte Solis.

Die Tatsache, dass es Alvaro Arzú während seiner Regierungszeit nicht geschafft hat, den Fall aufzuklären, hat wohl mit seiner Abhängigkeit von diesen paramilitärischen Strukturen und seinem entsprechenden Desinteresse an der Aufklärung zu tun. Erstaunlich ist jedoch, dass kaum eine Woche nachdem Portillo seine 'Hilfe' angeboten und versprochen hat, die notwendigen Schritte zu veranlassen, der Fall gelöst zu sein scheint...

Gehaltserhöhung für Kongressabgeordnete

Guatemala, 25. Januar. Noch bevor die erste Sitzung des neu konstituierten Kongresses überhaupt begonnen hat, kündigte dessen Vizepräsident, Leonel Soto Arango, am 20. Januar eine Gehaltserhöhung für alle Kongressmitglieder an. Für 'Ausgaben zu Repräsentationszwecken' sollen zusätzlich 5000 Quetzales ausbezahlt werden, was das Gesamtgehalt auf rund 30'000 Quetzales (ca. 3800 US-\$) erhöht. Ausserdem übernimmt der Kongress die Porto- und Telefonkosten der Abgeordneten.

Diese Nachricht löste breite Kritik aus: Die ParlamentarierInnen der *Allianz Neue Nation* (ANN) sprachen sich ve-

hement gegen ihre eigene Gehaltserhöhung aus. Damit würde das Staatsbudget um 26 Millionen Quetzales erhöht, was die ANN-Abgeordneten unangebracht finden, denn schliesslich müsse das Sparprogramm alle Sektoren umfassen, meinten sie. Die ANN-Abgeordneten kündigten an, falls die Gehaltserhöhung wirklich durchkäme, ihren Teil dem *Entschädigungsfond für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konfliktes* zu überweisen. Dieser Fond sei zwar geschaffen worden, funktioniere jedoch nicht und sie riefen die anderen Kongressmitglieder dazu auf, ihre Gehaltserhöhung

ebenfalls in diesen Fonds zu spenden.

Die sechs URNG-VertreterInnen, die für die ANN im Kongress sitzen, gaben ausserdem bekannt, je einen Drittel ihres Gehaltes an die Partei abzugeben. Dies sei nötig, um die Arbeit und die Aktivitäten der Partei durchzuführen, meinte der URNG-Abgeordnete Gregorio Chay.

Die *Front der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) kündigte eine Unterschriftensammlung gegen die Gehaltserhöhung an. Es sei eine Frechheit gegenüber der Bevölkerung Guatemalas, die in Armut lebe und unter den ständigen Preiserhöhungen leide.

Gehaltserhöhung auch für Angestellte

Guatemala, 27. Januar. Wenige Tage nachdem der Kongress die Gehaltserhöhung für seine Abgeordneten bekanntgab, unterschrieb Präsident Portillo vor der Presse ein Regierungsdekret, das den staatlichen Angestellten eine Gehaltserhöhung von 200 Quetzales (ca. 30 US-\$) zugesteht. Gleichzeitig reichte er einen Gesetzesentwurf ein, der für die Angestellten der Privatwirtschaft dieselbe Gehaltserhöhung vorsieht. Portillos Vorschlag ist, die Erhöhung in Form einer 'Vergütung' auszubezahlen, (weil so weniger Steuern und Sozialleistungen bezahlt werden müssen).

Die Ankündigung Portillos löste unterschiedliche Reaktionen aus:

José Pinzón von der *ArbeiterInnenzentrale Guatemalas* (CGTG) findet die Massnahme gewagt, aber gerecht. Er zweifelt jedoch daran, ob der Gesetzesentwurf vom Kongress angenommen, bzw. vom industriellen Sektor unterstützt

wird. Weiter befürchtet er eine Preiserhöhung bei den Grundnahrungsmitteln.

Die UnternehmerInnen selber sprechen sich gegen die Gehaltserhöhung aus. Bei verschiedenen Unternehmen würden höhere Lohnkosten gezwungenermassen zu Entlassungen führen. Ausserdem würde eine Inflation ausgelöst, die schlussendlich die ArbeiterInnen am meisten träfe, drohte César Estrada von der Handelskammer.

Diese Befürchtung wird auch von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) und verschiedenen BäuerInnenorganisationen sowie den Gewerkschaften geteilt. Grundsätzlich befürworten sie eine Gehaltserhöhung, fordern aber gleichzeitig eine Preisüberwachung und einen Schutz der ArbeiterInnen.

Rafael Chanchavac, Vertreter der *Nationalen Koordination der Campesinnoorganisationen* (CNOC) hofft, dass eine Gehaltserhöhung die prekäre finan-

zielle Situation vieler Bauern und Bäuerinnen verbessern würde. Er weiss jedoch schon von Fincabesitzern, die nach der blossen Ankündigung einer möglichen Gehaltserhöhung Massnahmen ergriffen haben und befürchtet, dass mit Massnahmen gerechnet werden muss. Chanchavac fordert das Arbeitsministerium dazu auf, die Einhaltung der ArbeiterInnenrechte zu garantieren.

Ob die Gehaltserhöhungen in der Privatwirtschaft vom Kongress abgesegnen werden, ist fraglich. Nicht einmal seine eigene Partei, die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG), steht hinter Portillos Vorschlag. Die Kongressmitglieder wehren sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine Gehaltserhöhung, sondern setzen sich für eine Erhöhung des Mindestlohnes ein und nicht für eine 'Vergütung', da eine solche von den Unternehmern jederzeit gestrichen werden kann.

Repression gegen CONIC-Mitglieder

Guatemala, 26. Januar. Die *Nationale Koordination der Indigena- und Bauern-/BäuerInnenorganisationen* (CONIC), macht Präsident Alfonso Portillo und seine Partei für die juristische Repression und Verfolgung eines Indigenaführers verantwortlich.

CONIC ruft die Indigenagemeinden Guatemalas dazu auf, sich einer nationalen Kampagne anzuschliessen, die sich "gegen die Repression, die rassistische Diskriminierung und gegen sämtliche Ungerechtigkeiten gegen indigene Personen" richtet.

Grundlage dieses Aufrufes ist die Verhaftung des Indigenaführers Ramiro

Choc am 25. Januar im Departement Izabal. "Choc wird fälschlicher- und illegalerweise der Besetzung und Benützung eines Waldstückes beschuldigt, und zwar von Grossgrundbesitzern, die das Gemeinschaftsland einer Mayage-meinde gestohlen haben", heisst es in einer Mitteilung von CONIC.

Ausserdem seien Haftbefehle gegen weitere zehn Gemeindemitglieder ausgestellt worden, unter anderem gegen ein Mitglied des *Nationalen Rates* von CONIC. Den Beschuldigten könne nichts vorgeworfen werden, meint CONIC weiter, bezweifelt jedoch, dass es in diesem Fall zu einer legalen Gerichtsver-

handlung kommen wird, ohne Korruption und Amtsmissbrauch.

Die Grossgrundbesitzer hätten die Richter bestochen, damit diese die Haftbefehle ausstellten. Dies sei ihre Taktik, um der Gemeinde das Land wegzunehmen. CONIC fordert die Regierung auf, einzugreifen und auf juristischem Weg gegen die Grossgrundbesitzer vorzugehen. Alfonso Portillo soll nun beweisen, dass er seine Wahlversprechen ernst gemeint haben.

Weiter fordert CONIC die sofortige Freilassung von Ramiro Choc sowie die Annullierung der Haftbefehle gegen die anderen Maya-FührerInnen.

Neue GouverneurInnen eingesetzt

Guatemala, 31. Januar. Am 25. Januar hat Präsident Portillo 21 der insgesamt 22 neuen DepartementsgouverneurInnen ernannt. Darunter sind sieben Frauen.

Die Aufgabe der GouverneurInnen ist es, den Präsidenten in den Departementen zu vertreten. Portillo erklärte, dass er in den Frauen ein grosses Potential sehe, was ihre politischen Fähigkeiten anbelange, und er werde sich dafür einsetzen, dass möglichst viele Frauen politische Ämter besetzen. (Drei der insgesamt 330 Bürgermeisterämter sind von Frauen besetzt.) Die Frauen hätten mehr Mystik und ein grösseres politisches Engagement, ausserdem sei es an der Zeit, bestehende Vorurteile abzubauen

und den Machismo zu durchbrechen, meinte Portillo.

Doch schon zwei Tage später sah sich Portillo gezwungen, einige Ernennungen nochmals zu überprüfen und eventuell rückgängig zu machen.

In verschiedenen Departementen protestierten nämlich die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Nichtregierungsorganisationen gegen die Ernennungen und bezeichneten sie als Vetterwirtschaft. Die Organisationen forderten, die Vorschläge der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen, Vorschläge, denen oft ein aufwendiges Auswahlverfahren vorangegangen seien. Es sei sogar gesetzlich festgelegt, dass die KandidatInnen der in den *Departementalen*

Entwicklungsräten (CDUR) zusammengeschlossenen Nichtregierungsorganisationen berücksichtigt werden müssten.

In Escuintla schlugen die Organisationen Maximilian Archila als Kandidaten vor, Portillo setzte Jorge Luis Díaz Alonso von der FRG, als Gouverneur ein.

Auch in Quetzaltenango, San Marcos, Sololá, Santa Rosa und dem Petén wurden ParteigängerInnen der FRG eingesetzt, was zu Protesten der Zivilgesellschaft führte.

Der Gesetzesentwurf des FRG-Abgeordneten Baudilio Hichos López, die GouverneurInnen allein durch Volkswahlen zu bestimmen, wurde mit der Ablehnung der Verfassungsreformen im letzten Mai, abgelehnt.

Was ist neu an Portillos Regierbarkeitsabkommen?

Guatemala, 29. Januar. Einmal mehr sind die Organisationen der Zivilgesellschaft dazu aufgerufen, an einem Dialog teilzunehmen. Diskutiert werden soll ein Regierbarkeitsabkommen, vorgeschlagen von Präsident Portillo. Sein Vorschlag enthalte Richtlinien, auf Grund derer die staatspolitisch wichtigsten Themen und die Umsetzung und Einhaltung der Friedensabkommen diskutiert werden sollen, erklärte der Präsident. Weiter bat er die internationale Gemeinschaft, seinen Plan zu unterstützen, der den Guatemalteken neue Formen des Zusammenlebens und der Entwicklung eröffnen soll.

Mit den diversesten Namen haben die vergangenen Regierungen ihren Versuch, mit den Parteien und den Volksorganisationen einen Konsens zu erreichen, betitelt: 'Nationaler Dialog', hiess es bei Vinicio Cerezo, 'Sozialpakt' bei Jorge Serrano Elías, Alvaro Arzú nannte es 'Modernisierungstreffen' und bei Alfonso Portillo heisst es nun 'Regierbarkeitsabkommen' (pacto de gobernabilidad).

Unabhängig vom Inhalt dieses Regierbarkeitsabkommens und ohne dass die Regierung bisher die praktische Umsetzung bekannt gegeben hat, wurde die Initiative Portillos grundsätzlich begrüsst. Ob die Abmachungen dann wirklich umgesetzt und in die Regierungspolitik aufgenommen werden, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen.

Den zur Präsentation seines Projektes eingeladenen BürgermeisterInnen versprach Portillo, dass ihnen die nötigen Mittel und die technische Unterstützung zugesichert sei, damit sie eine befriedigende Arbeit leisten könnten.

Trotzdem hielt sich die Begeisterung der BürgermeisterInnen in Grenzen: "Es klingt ja alles ganz wunderbar, doch es bleibt abzuwarten, ob die Umsetzung auch wirklich den Leuten in unseren Gemeinden zugute kommt", meinte z.B. Raúl Pérez, Bürgermeister von Joyabaj, Quiché.

Portillos Regierbarkeitsabkommen umfasst sechs Hauptthemen: Sicherheit und Einhaltung der Menschenrechte, integrale Entwicklung, Umweltschutz, Erziehung und Gleichberechtigung, Gesetzesreformen, Steuerreform.

Die im Kongress vertretenen Parteien äusserten sich bisher zurückhaltend zum Regierbarkeitsabkommen: Héctor Cifuentes von der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) erklärte, der Inhalt des Vorschlages müsse zuerst genau analysiert werden, und er kritisierte, dass der Vorschlag keine Vorgehensweise enthält. Die *Allianz Neue Nation* (ANN) ihrerseits forderte, dass das Thema Finanzpolitik und Steuerreform ausserhalb des Regierbarkeitsabkommens behandelt werden müsse. Diese Diskussion sei schon so weit vorangeschritten, dass es eine Verzögerung bedeuten würde, sie in das Regierbarkeitsabkommen zu integrieren.

Vertreter des *Dachverbandes der Industriellen* (CACIF) zweifelten an der Ernsthaftigkeit von Portillos Vorschlag. Das Beispiel der Lohnerhöhungen zeige, dass Portillo nicht bereit sei, seine Entscheidungen zuerst mit den anderen Sektoren zu diskutieren. Ausserdem sei das Thema Wirtschaft nicht enthalten.

Die Frage eines Kommentators, ob es denn wirklich nötig sei, die selben Themen, die schon in den Friedensab-

kommen festgehalten seien und auf der Agenda einer jeden Regierung stehen sollten, nun noch unter einem neuen Namen zu diskutieren, ist sicherlich berechtigt. Der Kommentator wies darauf hin, dass unter anderem die paritätischen Kommissionen, die Begleitkommission der Friedensabkommen und die Versammlung der Zivilgesellschaft in der Diskussion dieser Themen schon weit vorangeschritten seien und dass Portillo besser daran täte, diese Initiativen zu fördern, anstatt sie zu ignorieren und so zu tun, als hätte er alles selber erfunden.

Fahrende Bibliothek

Baja Verapaz, 26. Januar. Ein umgebauter Bus der MUNITRANS beherbergt eine fahrende Bibliothek, die zur Zeit in Salamá, Baja Verapaz, stationiert ist. 'Umweltbibliothek auf Rädern' (BAR), heisst das vom *Zentrum zum Schutz der Biodiversität* (CCBG) initiierte Projekt.

Die fahrende Bibliothek umfasst Bücher und Informationen zu den Themen Umweltschutz, Ökologie und Naturkunde. Interessierten Kindern und Jugendlichen bzw. Schulklassen werden auch Workshops zu den einzelnen Themen angeboten.

Ein Nebeneffekt des Projektes ist, den Lehrkräften andere Methoden und Lerntechniken näherzubringen, um die Neugierde der Kinder und Jugendlichen an bestimmten Themen zu wecken.

Die fahrende Bibliothek wird im Laufe des Jahres auch in den anderen Departementen des Landes Halt machen.

Portillo umgibt sich mit zweifelhaften Persönlichkeiten

Guatemala, 20. Januar. Nachdem der neugewählte Präsident Alfonso Portillo mit der Ernennung eines nicht unmittelbar mit den Massakern der Vergangenheit in Verbindung gebrachten Obersten einen Verteidigungsminister eingesetzt hat, der zumindest den Anschein macht, die Armee zu zivilisieren und die Gesellschaft zu entmilitarisieren, scharft er in seiner persönlichen Garde ein paar sehr umstrittene Personen um sich: Ehemalige Militärs und Polizeileute, die wegen Korruption aus dem Dienst entlassen oder in den Ruhestand versetzt wurden.

Darunter befindet sich Oberst Jacobo Salán Sánchez, der schon während des Wahlkampfes für die Sicherheit Portillos zuständig war. Er wurde nun zum Leiter des *Sekretariats für administrative Angelegenheiten des Präsidenten* ernannt, der Nachfolgeinstitution des umstrittenen *Generalstabs des Präsidenten* (EMP).

(Die Auflösung des für viele Menschenrechtsverletzungen verantwortlichen EMP ist in den Friedensabkommen

festgehalten. Bereits Alvaro Arzú versprach während seiner Regierungszeit mehrmals, diese Institution aufzulösen, hielt sein Versprechen jedoch nicht. Im Gegenteil, noch im letzten Dezember meinte er lakonisch, er überlasse diese Aufgabe seinem Nachfolger. Dieser 'macht' nun zwar etwas, indem er die eine Struktur auflöst aber dafür eine andere schafft.)

Salán Sánchez besetzte während der Regierungszeit Vinicio Cerezo's einen Posten in der strategischen Militärführung. 1996 wurde er mit der Schmuggelaffäre Moreno Molina in Verbindung gebracht. (Als dieser Schmuggelring aufgedeckt wurde, verdächtigte man sogar Portillo selber, darin verstrickt zu sein, ein Verdacht, der nie bewiesen werden konnte, da die Ermittlungen in diesem Fall sehr langsam liefen. Am 20. Januar wurde Moreno Molina zum dritten Mal freigesprochen.)

1998 wurde gegen Salán Sánchez Klage erhoben im Zusammenhang mit dem Verschwinden von elf StudentInnen der Universität San Carlos.

Ausser Salán Sánchez sollen 16 der insgesamt 47, von Alvaro Arzú zu Beginn seiner Regierungszeit wegen Korruption entlassenen Polizeikommissare die persönliche Garde des Präsidenten bestücken.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen baten die UNO-Mission für Guatemala MINUGUA, ihr Möglichstes zu tun, damit die entlassenen Polizisten nicht wieder an die Macht kommen. Helen Mack, Leiterin der Myrna-Mack-Stiftung, stellt das Verhalten Portillos in Frage, der einerseits von Entmilitarisierung spreche und sich andererseits von 'wegesäuberten' Militärs und in illegale Aktivitäten verwickelten Personen beschützen lasse.

Um die Rückkehr dieser Personen an die Macht zu verhindern, müsse auch die Zivilgesellschaft eine aktive Rolle einnehmen, betonte Mack. Das Hauptinteresse dieser Garde gelte nicht der Sicherheit Portillos und seiner Familie, sondern ihren persönlichen Vorteilen und Profiten.

200 Familien geräumt

Guatemala, 20. Januar. Die Familien hatten die Siedlung 'San Julián' in der Gemeinde Chinautla, Huehuetenango, aufgebaut, nachdem sie beim Hurrikan Mitch vor einem Jahr obdachlos wurden und vom zuständigen *Friedensfonds* (FONAPAZ) keine Unterstützung bekamen. Das Gelände, auf dem die Siedlung gebaut ist, gehörte der *Nationalen Bank für Wohnungsbau* (BANVI), und soll nun der Gemeinde übergeben werden.

Nach der Räumung forderten die Familien eine Unterredung mit dem Bürgermeister von Chinautla, wurden jedoch von diesem nicht empfangen. Unklar ist, ob ein Legalisierungsprozess dieses Geländes zugunsten der Familien bereits eingeleitet wurde. Um dies Abzuklären wurde nun der guatemaltekeische *Wohnungsfond* (FOGUAVI) eingeschaltet. Auch versuchen die Familien, mit Hilfe des Kongresses zu erreichen, dass sich das BANVI einverstanden erklärt, das Gelände direkt an sie abzugeben und nicht an die Gemeinde.

William Mazariegos von der *Front der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) protestierte gegen die Räumung. Es gehe nicht, politische Probleme auf eine gewaltsame Art zu lösen, vielmehr müsse das Problem grundsätzlich angegangen werden. Auch Maza-

riegos fordert Verhandlungen mit den zuständigen Stellen.

Unabhängig von diesen Ereignissen hat die Organisation ein Treffen mit den neuen Verantwortlichen für Wohnbau und Planung gefordert. Sie schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, der nebst der Regierung und dem Privatsektor auch VertreterInnen der SiedlerInnen angehören. Die Arbeit des Wohnungsfonds (FOGUAVI) müsse analysiert und verbessert werden. FOGUAVI hat letztes Jahr mit einem Defizit

von rund 200 Millionen Quetzales abgeschlossen, was ein grosser Teil des Budget 2000 dieser Institution ausmache. Viele angefangenen Projekte und Landtitelvergaben können so dieses Jahr mangels Finanzierung nicht weitergeführt werden, meinte Mazariegos.

Der neue Minister für Verkehr, Kommunikation und öffentliche Bauten wird dazu aufgefordert, das Problem anders anzugehen als sein Vorgänger, ansonsten würden weiterhin einige wenige sich auf Kosten vieler anderer bereichern.

Entlassungen bei Telgua

Guatemala, 31. Januar. Zwischen 250 und 500 ArbeiterInnen (die Zahlen widersprechen sich) der verschiedenen Abteilungen der Telefongesellschaft TELGUA wurden ohne vorherige Ankündigung entlassen. Grund dafür: Administrative Reorganisation. Kurz nach dem Verkauf des Unternehmens an die Firma Luca S.A., wurden Ende 1998 bereits 2600 Personen entlassen.

Eine Gruppe von entlassenen ArbeiterInnen demonstrierten vor einer Filiale der TELGUA in der Hauptstadt gegen die Entlassungen. Sie seien zu einem Kurs eingeladen worden, doch an-

stelle von Weiterbildung hätten sie die Kündigung erhalten.

TELGUA wird vorgeworfen, dass im Falle von schwangeren und stillenden Frauen die Entlassung illegal ist, ebenso im Falle von Angestellten, die zum Zeitpunkt der Kündigung in den Ferien waren. In einer Verhandlung mit AngestelltenvertreterInnen erklärte sich das Unternehmen bereit, diese Entlassungen rückgängig zu machen. Ausserdem wurde an dem Treffen vereinbart, dass den Entlassenen nebst den gesetzlich festgelegten Entschädigungen zweieinhalb Monatslöhne ausbezahlt werden.